



TOP 15

Bericht über Verfolgungssituationen in Syrien, Irak und anderen aktuellen Krisengebieten

Bericht in der Sitzung der 15. Landessynode am **26. November 15**

Überblick zur weltweiten Lage

Verehrte Frau Präsidentin, verehrter Herr Landesbischof, hohe Synode, liebe Schwestern und Brüder,

lassen Sie mich, bevor ich mit meinem Bericht über die verfolgten Menschen weltweit beginne, zuerst Ihnen als Synode danken. Danken dafür, dass Sie sich großzügig erweisen haben gegenüber denen, die in unser Land kommen und dringend Hilfe und Unterstützung brauchen. Aber auch denen gegenüber, die in ihren Heimatländern geblieben sind und ausharren und dort Unterstützung brauchen. Die Regelung die Gelder hier hälftig aufzuteilen, hat sich als segensreich erwiesen und bringt uns bundesweit hohen Respekt ein. Derzeit reden Politiker und Fachleute viel davon, dass man die Fluchtursachen bekämpfen müsse, damit die Flüchtlinge gar nicht erst zu uns kommen müssen. Genau das, hohe Synode, machen wir seit vielen Jahren. Für uns ist das nichts Neues, sondern langjährige Praxis: Denen vor Ort zu helfen, dass sie eine eigene Existenz aufbauen können, dass ihre Kinder zur Schule gehen können, dass Umstände herrschen, wo man in Frieden leben kann und ein Auskommen hat, das zum Leben reicht. Das war und ist unser Ansatz seit vielen Jahren. Man nennt das auch Nachhaltigkeit. Hier haben die Kirchen lange vor zahlreichen staatlichen Einrichtungen und anderen Organisationen Vorbildliches geleistet und leisten es immer noch.

Noch eine andere Vorbemerkung, die eher nebensächlich ist, mich aber doch immer wieder beschäftigt. Oft höre ich bei Verabschiedungen oder Festakten bei den Grußworten, dass kirchliche Grußworte die moderne Form der Christenverfolgung seien. Das ist sicher humorvoll gedacht, aber angesichts der Berichte über reale Christenverfolgungen bleibt einem dieser Ausdruck dann doch immer wieder im Halse stecken.

Und noch ein Drittes: Bei meinen Besuchen vor Ort gab es ein für mich neues Wort, das Einzug in die Flüchtlingsarbeit gehalten hat: das sogenannte „Winterization“. Winterisation bedeutet Vorbereitung auf den Winter, auf die kalten Temperaturen, auch die Nässe und anderes. Während

wir uns mit Vorfreude auf den Advent vorbereiten, kann diese Zeit ganz im Gegensatz zu uns zu einem echten Problem in den betroffenen Ländern werden. Für die, die keine Infrastruktur und keine Heizungen haben, die kein Heizmaterial besitzen. Da wird man immer wieder dankbar für das, was wir hier haben.

Noch ein paar Zahlen zu Beginn dieses Berichts. Man schätzt, dass derzeit rund 60 Millionen Menschen innerhalb und außerhalb ihres Landes auf der Flucht sind. So viele wie seit dem Zweiten Weltkrieg nicht mehr. 2014 mussten nach UNO-Angaben allein 14 Millionen Menschen aus ihrer Heimat fliehen. 218.000 gelangten übers Mittelmeer nach Europa, dabei kamen mindesten 3500 Kinder Frauen und Männer ums Leben. Für dieses Jahr rechnet die UNO mit weiteren 700.000 Mittelmeerflüchtlingen. Die Gründe dafür sind vielfältig: Keine Perspektive in der Heimat, Verschlechterung der Lage in den Flüchtlingslagern, drohender Einzug zum Wehrdienst und die Professionalisierung des Schlepperwesens.

Nun aber zu den Berichten, die zum einen die Schwerpunkte Eritrea, Irak und Syrien umfassen, dann aber auch weitere Länder unserer Erde, die gerne in Vergessenheit geraten.

Schwerpunkt Eritrea

Die Situation der Christen in Eritrea ist seit nunmehr vielen Jahren leider weitgehend unverändert. Im Gegenteil: der Druck auf Christen, sowohl auf Mitglieder der registrierten Kirchen als auch der nichtregistrierten, hat sich in den letzten Jahren verstärkt, unter anderem, weil sich die eritreischen Machthaber zunehmend isolieren.

Eritrea hat eine lange und blutige Geschichte von Kriegen mit seinem weitaus größeren Nachbarn Äthiopien. Der Kampf um die Unabhängigkeit des Landes begann 1962. Bereits 1971 tauchte der heutige Präsident, Isayas Afewerki, zunächst als Leiter einer Splittergruppe von Kämpfern auf, die sich 1973 mit anderen Gruppen zu den „Eritrean People`s Liberation Forces (EPLF)“ vereinigte, deren militärischer Leiter Afewerki wurde. In den 1960er Jahren hatte er in China Guerillataktiken erlernt, die er dann in seiner Heimat anwendete.

1991 kam es zu einem Sieg über Äthiopien und Isayas Afewerki wurde Vorsitzender der provisorischen Regierung. Ein im April 1993 unter Aufsicht der Vereinten Nationen durchgeführtes Unabhängigkeitsreferendum erreichte 99,8% Zustimmung und so wurde Eritrea am 24. Mai 1993 ein unabhängiger Staat und wenige Tage später das 182. Mitglied der Vereinten Nationen.

Die EPLF wurde bald darauf als Partei in „Volksfront für Demokratie und Gerechtigkeit“ (PDFJ) umbenannt und Präsident Afewerki begann, das Prinzip der Selbständigkeit zu betonen. Er wurde gleichzeitig zum Generalsekretär der Partei benannt. Eine verfassungsgebende Versammlung wurde eingesetzt, die 1997 den Entwurf einer Verfassung vorlegte. Im selben Jahr wurden Wahlen

abgehalten, zu denen aber ausschließlich Mitglieder der PDFJ zugelassen wurden. Das Parlament und weitere dafür vorgesehene Institutionen billigten die Verfassung, die aber bis heute nicht in Kraft getreten ist.

Für die Religionsgemeinschaften und Kirchen war schon früh zu erkennen, wohin die Reise gehen würde. Bereits 1995 wurde eine Erklärung verabschiedet, wonach lokalen religiösen Institutionen untersagt wurde, sich in die Politik einzumischen, soziale Dienste anzubieten, Entwicklungsprojekte durchzuführen und sich für soziale Gerechtigkeit einzusetzen. Schon daran konnte man erkennen, dass Eritrea zunehmend autokratisch und diktatorisch regiert wird. Dies traf dann auch die Religionsgemeinschaften. Ein anderes Zeichen war, dass die Zeugen Jehovas bereits in den 90er Jahren ins Gefängnis kamen, weil sie den obligatorischen Wehrdienst verweigerten.

Ein weiterer Krieg mit Äthiopien zwischen 1998 und 2000, diesmal um Fragen der gemeinsamen Grenze, verstärkte die Isolierungsversuche der Regierung. Präsident Afewerki wurde offen in Frage gestellt und reagierte mit der Einsetzung eines Sicherheitskomitees, welches mehrere Oppositionelle wegen Defätismus ohne Anklagen verhaftete. Dies sollte zu einem üblichen Verfahren der Regierung werden, das auch viele Christen bis heute trifft. Bereits im April 2002 wurde für alle religiösen Gruppen eine Registrierungsverpflichtung erlassen. Viele Mitglieder unregistrierter Religionen und Kirchen wurden im Laufe der Jahre verhaftet, manche sitzen seit damals immer noch im Gefängnis. Nur die Koptisch-Orthodoxe Kirche von Eritrea, der sunnitische Islam, die Römisch Katholische Kirche und die Evangelisch-Christliche Kirche (Lutheraner) sind anerkannt.

Es wäre ein Trugschluss, zu glauben, dass diese drei christlichen Kirchen nun aber Freiheit hätten, ihren Glauben zu leben. Zwar werden die unregistrierten und daher „illegalen“ Kirchen noch stärker verfolgt, weil sie eine Bewegung repräsentieren, die man eventuell nicht unter Kontrolle hat. Aber auch die anerkannten Kirchen stehen unter Beobachtung und geraten je mehr unter Druck, desto isolierter das Land ist. Führt man sich diese Hintergründe vor Augen, ist es wenig überraschend, dass vor allem junge Eritreer über das Mittelmeer nach Europa fliehen, um eine Zukunft zu haben. Unter den Flüchtlingen sind auch viele Christen. Langfristig kann diese Fluchtbewegung auch dazu führen, dass das entstehende Vakuum von Extremisten gefüllt wird wie etwa im benachbarten Somalia.

Auch Reformbewegungen in den anerkannten christlichen Kirchen sowie deren Jugendorganisationen stehen unter besonderer Beobachtung des Staates und müssen mit vielen Einschränkungen leben. Deutlich wurden diese Umstände durch die Verhaftung des Leiters der eritreisch-orthodoxen Kirche, Patriarch Abune Antonios, im Jahr 2005. Er hatte die Verhaftung von Jugendleitern seiner Kirche kritisiert und sich geweigert, sie zu exkommunizieren. Geistliche, die das Vorgehen der Regierung kritisierten, wurden ebenfalls verhaftet und sind zum Teil bis heute in

Haft. Die 2005 vor der damaligen Menschenrechtskommission der Vereinten Nationen gemachte Ankündigung Eritreas, es würden vier weitere Kirchen anerkannt, wurde nie erfüllt.

Zwar gewährt Eritrea nach Artikel 15 des Übergangs-Zivilgesetzbuches Religionsfreiheit, die möglichen Einschränkungen gehen allerdings ziemlich weit und untersagen jede politische Äußerung sowie alles, was die öffentliche Ordnung oder Moral gefährden könnte. Darunter fallen auch indirekt als politisch zu verstehende oder die Politik berührende Äußerungen.

Religiöse Institutionen dürfen keine Verbindungen zu Organisationen im Ausland haben, es sei denn, es geht um rein religiöse Dinge. Dies ist auch der Grund, warum zahlreiche internationale agierende Organisationen wie Brot für die Welt oder Christian Aid keinen Zugang mehr in Eritrea haben. Finanzielle Verbindungen zum Ausland sind strikt verboten und religiöse Institutionen müssen ihr bewegliches und unbewegliches Eigentum registrieren lassen. Die Finanzunterlagen religiöser Institutionen werden jährlich von staatlichen Stellen geprüft.

Pastoren und andere Leiter unregistrierter Gemeinden wurden direkt nach der Verkündung der neuen Politik 2002 verhaftet und einige kamen oft erst nach vielen Jahren frei. Doch bis heute gehen die Verhaftungen weiter und man schätzt, dass immer noch etwa eintausend Christen aufgrund ihres Glaubens in Eritrea in Haft sind, allein 2014 wurden 138 verhaftet.

Diese Verhaftungen führen aber weder zu ordentlichen Gerichtsverfahren noch zu menschenwürdigen Haftbedingungen. Zum Teil werden auch Höhlen oder Überseecontainer als Gefängnis verwendet. Die Häftlinge sind neben den unmenschlichen Bedingungen oft auch weiterer Folter ausgesetzt. Manchmal fordern die Behörden auch eine Abkehr vom bisherigen Glauben. Dies wird häufig mit einer Aussicht auf Erleichterung der Haftbedingungen, der Beendigung einer Einzelhaft oder der Entlassung verbunden.

Selbst wenn Christen nichtregistrierter Kirchen wieder freigelassen werden, geschieht dies nicht ohne eine Warnung, dass sie die Ausübung ihres Glaubens einstellen sollen. Zum Beispiel wurden Christen bedroht, dass sie es nicht einmal wagen sollten, zuhause zu beten oder auch nur niederzuknien, die Behörden hätten „das Gewehr immer parat“. Frauen und Mädchen sind überdies sexuellen Belästigungen und Übergriffen weitgehend schutzlos ausgeliefert. Oft müssen sie harte Arbeit verrichten und werden verspottet. Häufig werden sie auch unter Druck gesetzt, sich den anerkannten Kirchen anzuschließen. Mitglieder nichtregistrierter Kirchen werden sehr häufig an geheimen Orten festgehalten, sodass niemand weiß, wo sie sind, und welcher Straftaten sie beschuldigt werden. Allerdings fehlt es ohnehin an rechtsstaatlichen Verfahren. Die Information der internationalen Öffentlichkeit wird dadurch auch stark erschwert.

Ein weiteres wesentliches Problem für Christen stellt die zwangsweise Verpflichtung zum Militärdienst dar. Nicht nur, dass das Praktizieren des christlichen Glaubens wie etwa Beten oder Bibellesen allenfalls eingeschränkt möglich sind und manchmal völlig verboten werden: auch die allgemein geübte Praxis, dass Geistliche der anerkannten Religionen nicht zum Militärdienst

eingezogen werden, wurde 2005 eingestellt, als die Regierung eine Liste aller Geistlicher verlangte, die 30 Jahre alt oder jünger sind. Wer sich weigerte, wurde verhaftet.

Im Januar 2013 gab es einen Putschversuch, nachdem zwischen 100 und 200 Soldaten das Informationsministerium in der Hauptstadt Asmara besetzt hatten und über die so eroberten Medien Forderungen nach Freilassung politischer Gefangener und allgemeiner Reformen erhoben. Nachdem Panzer das Gebäude umstellt hatten und der Fernsehsender abgeschaltet wurde, ergaben sich die Putschisten.

Wie bereits beschrieben, liegt Eritrea insbesondere mit seinem großen Nachbarn Äthiopien seit vielen Jahren im Streit, ähnliches kann man aber auch zu den Beziehungen mit Jemen und Dschibuti sagen. Der Bericht einer Expertenkommission der Vereinten Nationen zu Somalia und Eritrea vom 13. Oktober 2014 hat nicht nur herausgefunden, dass das eritreische Regime immer noch Waffen aus dem Sudan bezieht und selbst auch die islamische Terrorgruppe al-Shabaab unterstützt. Al Shabaab hat in diesem Frühjahr größere Bekanntheit durch die Anschläge in Kenia erhalten.

Länder des „Arabischen Frühlings“

Auch in diesem Berichtszeitraum standen **Syrien** und **Irak** wieder im Zentrum der weltweiten Aufmerksamkeit. Das vom „Islamischen Staat“ ausgerufenen Kalifat breitete sich aus und führte dazu, dass Hunderttausende weitere Menschen in die Nachbarländer oder darüber hinaus vertrieben wurden. Besonders betroffen sind hiervon religiöse Minderheiten wie die Christen oder auch die Jesiden. Die Eroberung von Mossul im Juni 2014 war ein Beispiel für den weiteren Umgang mit den Christen in anderen Regionen: Häuser von Christen wurden mit dem arabischen Buchstaben „N“ für „nazrin“ („Nazarener“) gekennzeichnet, um den Christen zwei Botschaften zu übermitteln – Ihr dürft als „Leute des Buchs“ hierbleiben und erhaltet den entsprechenden Status, aber wir wissen auch, wo ihr wohnt und können jederzeit gegen euch vorgehen. Genau dies geschah einen Monat später, als die Christen aufgefordert wurden, die Stadt zu verlassen. Bis heute gibt es in vielen Regionen des IS für Christen nur drei Möglichkeiten: Entweder man zahlt, oder man konvertiert zum Islam oder man wird vertrieben.

Die Welt erlebt momentan das Ende einer langen Epoche. Zu Zehntausenden sind die Christen inzwischen in den verhältnismäßig sicheren, kurdischen Nordteil des Irak geflohen. Man rechnet damit, dass noch rund 300.000 Christen in der Region leben von 1,2 Millionen von vor noch vier Jahren. Viele sind aber auch gleich außer Landes gegangen und leben nunmehr in vielen Ländern Europas oder Nordamerikas. Am 7. August 2014 wurde die christlich geprägte Stadt Karakosh erobert, wohin sich viele aus Mossul vertriebene Christen geflüchtet hatten. Am 23. Februar 2015 eroberte der Islamische Staat das Khabur-Tal in der syrischen Provinz Hasaka und entführte mehr

als 200 Christen, von denen einige wenige nach etwa zehn Tagen freigelassen wurden. Auch wenn das Tal inzwischen wieder befreit wurde, von den meisten Entführten fehlt bis heute jede Spur.

Ob im Nachhinein vom Ende einer Epoche gesprochen werden kann oder vielmehr dem Ende einer nahezu 2000-jährigen Geschichte der Christen im Nahen Osten, ist noch nicht entschieden, aber die Situation für viele Christen wird immer schwieriger. Und selbst, wenn der Islamische Staat – voraussichtlich nach einem langen und mühsamen Kampf und nach vielen Jahren – am Ende besiegt wird und sich das Kalifat als nicht beständig erweist, ist es sehr unwahrscheinlich, dass die Christen in den Irak und nach Syrien zurückkehren werden. Etliche Christen haben nach vier Jahren Bürgerkrieg und dem Vorrücken des Islamischen Staats auf Siedlungskerngebiete Syriens auch die Hoffnung auf eine gedeihliche Zukunft im Land verloren.

Vielleicht an dieser Stelle ein kurzer Exkurs zum sogenannten „Islamischen Staat“. Rund 30.000 Ausländer, so schätzt man, kämpfen für den „Islamischen Staat“. Entstanden ist der IS aus den Trümmern der irakischen Diktatur unter Saddam Hussein. Zuerst bildete sich Al Qaida im Irak, dann 2006 der „Islamische Staat im Irak“. Viele entlassene sunnitische Kämpfer aus der Hussein Zeit bilden den Kern des IS. Die Gesamtzahl dieser IS-Kämpfer liegt wohl zwischen 50.000 und 70.000. Seit 2014 kontrollieren die Extremisten im Osten Syriens und im Nordosten des Irak eine Fläche von rund 100.000 Quadratkilometer. Davon ist fast alles Wüste. Aber auch einige lukrative Ölfelder liegen im Nordosten Syriens auf dem IS-Gebiet. Insgesamt kontrolliert der IS mehr als zwei Millionen Menschen. Als Oberhaupt gilt der Iraker Abu Bakr al-Baghdadi. Man schätzt, dass die IS-Terroristen pro Tag durch Ölverkäufe rund 1,5 Millionen US Dollar verdienen. Auch syrische Milizen, die den IS bekämpfen, kaufen das billige Öl des Gegners. Bei der Nutzung der Gas-Werke in Syrien kooperieren IS und das Assad Regime ganz offen, wie die Süddeutsche Zeitung meldet. Dazu kommen weitere Einnahmequellen wie Plünderung, Enteignung und Konfiszierung von Gütern. Unternehmer auf IS Gebiet müssen Schutzgelder bezahlen. Von Nicht-Muslimen wird eine Sondersteuer, der sogenannte Jisjah, erhoben. Jesidische Frauen wurden versklavt und verkauft, was ebenfalls Geld in die Kassen der Dschihadisten spülte. Zölle werden erhoben und Lösegeld für entführte Journalisten gezahlt. Einkünfte aus dem Öl- und Gasgeschäft machen nach Angaben des Briten Aymen al-Tamimi rund 28 % der Gesamteinnahmen des IS aus. Steuereinnahmen belaufen sich nach Angaben der Neuen Zürcher Zeitung NZZ auf 24 Prozent. Der weitaus größte Posten sind Einkünfte aus konfiszierten Immobilien und anderen Wertgegenständen, auch Antiquitäten.

Ich selbst konnte mir vor wenigen Wochen selbst ein Bild von der Situation vor Ort machen während einer Reise in den Nordirak. Weil in der nordirakischen und zugleich kurdischen Hauptstadt Erbil, die von der Lufthansa und Austrian Airlines angefliegen wird, kurdische Kämpfer an deutschen Waffen ausgebildet werden und weil die türkische Armee Luftangriffe auf kurdische

PKK-Stellungen im Nordirak fliegt, ist das Gebiet nicht mehr allzu sicher. Deshalb fliegen die Flugzeuge der Luftfahrtgesellschaften auch zum Teil abstruse Manöver um einer eventuellen Gefährdung zu entgehen. Wenn man in die 6000 Jahre alte Stadt Erbil kommt, fällt auf, dass ein ungeheurer Bauboom herrscht und dass tausende von Öltanklastwagen das Straßenbild beherrschen. Geschäfte funktionieren trotz Krieg und Spannungen.

Zahlreiche christliche und muslimische Flüchtlinge sind in den Nordirak vor den Kämpfern des IS oder wie man vor Ort auf arabisch sagt „daisch“ geflohen. Allein in der Stadt Dohuk, nahe der Türkischen Grenze leben mehr Flüchtlinge als Einwohner. Zu den 600.000 kamen im Lauf der letzten Wochen und Monate noch einmal 700.000 Flüchtlinge. Wie geht das, wollte ich wissen. Man rückt zusammen, man öffnet öffentliche Gebäude, um die Geflüchteten unterzubringen. Man improvisiert im Schulbereich, Lehrer, die arabisch können werden eingestellt, Familien bieten ein oder zwei Zimmer für die Notleidenden in ihrem Haus an. Der Möglichkeiten gibt es viele wenn man will, Und man will dort.

Zusätzlich werden Flüchtlingsdörfer „gebaut“ mit Containern oder dort „Caravan“ genannt. In einem solchen viereckigen Container leben auf knapp 20 Quadratmeter zwischen sechs und zehn Personen. Ein Container kostet 7000,- Euro. Wir als Landeskirche werden so viele Container wie möglich finanzieren. Denn jeder dieser Container bedeutet: Die Menschen sind sicher untergebracht in solchen Container-Dörfern. Die Menschen können in der Region bleiben, sie müssen nicht nach Europa. Und die meisten mit denen ich sprach wollen bleiben: „Gebt uns sichere Zonen. Wir wollen zurück in unsere Häuser, in unsere Dörfer, auf unsere Felder!“ Das war der einhellige Wunsch vieler.

Und dann geht es auch noch um die Wahrnehmung im Westen. Der Abt des Klosters in Al Kosh, einer Stadt am Fuß des Gebirges zwischen Dohuk und Mossul, Gabriel Abbot, erzählt mir wie enttäuscht er ist, dass aus Europa nicht mehr Druck auf die Kriegsparteien in der Region ausgeübt wird. „Wenn dänische Karikaturen veröffentlicht werden, oder wenn der Papst mit einem kleinen Auto durch Rom fährt, so der katholisch-chaldäische Klostervorsteher, dann sind Eure Medien voll davon, aber wenn hier von einem Tag zum anderen wieder 1000 Jesiden und Christen umgebracht werden, dann berichtet Ihr das nicht“. Abt Gabriel unterstützt von seinem Kloster aus derzeit rund 500 christliche und jesidische Familien. Er fragt, ob unsere Kirche vielleicht die Schulranzen von 80 Schulanfängern finanzieren könnte. Ich sage gerne zu. Er gibt mir aber noch mit auf den Weg: „Wir wollen hier nicht immer nur Flüchtlinge sein, sondern Herren über unser eigenes Land. Wir gehören hierher. Helft uns dabei, dass wir bleiben können“.

Die Baden-Württembergische Landesregierung hat ein eigenes Programm aufgesetzt und hat mittlerweile 1000 jesidische und christliche schwer traumatisierte Frauen hierher zu uns gebracht, dass sie eine Behandlung erfahren können

Gehen wir weiter nach Syrien. 250.000 Menschen sind in diesem Bürgerkrieg getötet worden. Wie viele Christen in dem Land mit ursprünglich 22 Millionen Einwohnern noch sind, weiß niemand. Die meisten, so heißt es, sind geflohen. Im Land gibt es 7,6 Millionen Internal displaced persons, idps. Zu diesen Binnenflüchtlingen kommen noch rund 4,4 Millionen Flüchtlinge, die in die Nachbarländer, vor allem Libanon, Jordanien und Türkei sowie den Irak geflohen sind, aber vermehrt auch bis Europa kommen, wie wir alle wissen. Insgesamt geht man davon aus, dass mehr als elf Millionen Syrer auf Hilfe angewiesen sind. Aus dem Land selbst erhalten wir sehr widersprüchliche Informationen. Die einen sagen uns, dass der Friede kurz bevor stünde und man jetzt Projekte anfangen müsste. Die anderen behaupten, eine sinnvolle Projektarbeit ist unter den gegenwärtigen Umständen völlig unmöglich.

Hier versuchen wir, wenigstens mit kleineren Projekten an der einen oder anderen Stelle zu helfen. Hier versuchen wir auch, zwischen den großen Organisationen und den kleinen kirchlichen Hilfswerken in unserer Förderung eine Balance herzustellen. Wichtig ist uns, dass wir bestehende Netzwerke nutzen, um so nah wie möglich an die notleidende Bevölkerung heranzukommen, um so unseren Schwestern und Brüdern zu helfen. Übrigens gibt es immer noch keine offiziellen Nachrichten über den Verbleib der zwei entführten orthodoxen Bischöfe in Syrien. Wir werden weiter an die Verschollenen erinnern und für sie beten.

In **Ägypten** hat Präsident al-Sisi seine Macht weitgehend gefestigt und die Muslimbrüder weiter in den Untergrund gedrängt. Viele Christen haben neuen Mut gefasst und hoffen darauf, einen angemessenen Platz in der Gesellschaft einnehmen zu können. Hierfür setzen sie Zeichen der Versöhnung, etwa in Oberägypten, wo Christen ihre muslimischen Landsleute zum Fastenbrechen nach dem Ramadan begrüßt haben. Die koptischen Christen waren auch dadurch ermutigt, dass Präsident al-Sisi am 7. Januar 2015 an einer Weihnachtsmesse teilnahm und die Christen als Teil des einen Landes Ägypten bezeichnete. Dies war umso bedeutender, als nur einen Tag zuvor in der Stadt Minya zwei christliche Wächter vor einer Kirche von Unbekannten ermordet worden waren. Immer wieder gab und gibt es Berichte über Morde an Christen, die Gewalt ist also nicht beendet. In vielen Fällen führt auch die gewohnheitsrechtliche Dorfgerichtsbarkeit dazu, dass Christen als Minderheit benachteiligt werden, wie eine im Juni 2015 veröffentlichte Studie gezeigt hat. Dass der bekannte Konvertit Mohammed Hegazy, der bereits im letzten Bericht erwähnt wurde, immer noch im Gefängnis sitzt, zeigt, dass Abfall und Konversion weiterhin bestehende Probleme in Ägypten sind.

Auch in **Libyen** rückten ägyptische Christen in den Fokus, als Sympathisanten des „Islamischen Staates“ im Januar 2015 20 koptische Christen und einen Christen aus Ghana entführten und

diese dann am 15. Februar öffentlich und medienwirksam um ihres Glaubens willen hinrichten ließen. Diese Gelegenheit nutzte Präsident al-Sisi, um sich an die Seite der christlichen Minderheit zu stellen. Wenig beeindruckt stellten die Islamisten am 19. April 2015 ein Video ins Internet, das die Ermordung von mindestens 28 äthiopischen Christen zeigt.

Auch in **Tunesien** gingen zuletzt Bilder islamistischer Anschläge auf das Nationalmuseum in Tunis am 18. März 2015 mit 24 Toten sowie auf Touristen in Sousse mit 39 Toten um die Welt. Dazu kommen die Anschläge vor wenigen Tagen in der libanesischen Hauptstadt Beirut und der noch nicht aufgeklärte Flugzeugabsturz einer russischen Maschine auf der Sinai-Halbinsel.

Afrika

In **Nigeria** hat die islamische Terrororganisation Boko Haram zunächst weitere Schlagzeilen gemacht, als sie im Oktober 2014 die Wirtschaftsmetropole des nördlichen Bundesstaates Adamawa, Mubi, eroberte. Der Wahlsieg des neuen Präsidenten Buhari, einem Muslim aus dem Norden, hat zunächst zwei sichtbare Konsequenzen gehabt. Zum einen verhalten sich die Christen des Landes abwartend, da Präsident Buhari in seiner Zeit als Militärmachthaber des Landes in den 80er Jahren sich für eine Ausbreitung des Islam ausgesprochen hatte. Zum anderen aber geht das Militär verstärkt gegen Boko Haram vor und die Gruppierung wurde weit zurückgedrängt und geschwächt. Dies wiederum sollte man nicht vorschnell als Sieg über Boko Haram deuten, da es nun vermehrt zu Anschlägen in den Nachbarstaaten Niger und Tschad gekommen ist, die als Rückzugsorte dienen. In Nigeria verübt die Gruppe weiterhin Attacken, wie ein Bombenanschlag auf eine Kirche in Potiskum im Bundesstaat Yobe am 5. Juli zeigt, bei dem fünf Gottesdienstbesucher starben. Auch wenn Boko Haram endgültig geschlagen werden kann, sind damit vermutlich noch nicht die Übergriffe gegen Christen beendet, wie eine jüngst veröffentlichte Studie nahelegt. Und es sollte auch nicht vergessen werden, dass mehr als ein Jahr nach der Entführung von mehr als 200 überwiegend christlichen Schulumädchen aus Chibok von den allermeisten auch 15 Monate danach jede Spur fehlt. Man rechnet damit, dass Boko Haram seit 2009 mehr als 14.000 Menschen getötet hat. Muslime und Christen. In Maiduguri starben durch Selbstmordattentäterinnen erst vor vier Wochen mindestens 52 Menschen. Und der Konflikt hat mittlerweile auch auf die Nachbarländer Kamerun, Tschad und Niger übergegriffen.

In Ostafrika sind neben Eritrea und **Somalia** vor allem zwei weitere Staaten zu beobachten, die zunehmend in den Fokus der Konfliktregion rücken. Zum einen **Kenia**. Dort gab es in der Vergangenheit mehrere Übergriffe auf Kirchen und Gottesdienste, die auch Todesopfer forderten. Vor allem aber gab es drei große Vorfälle, bei denen die islamische al Shabaab-Miliz, die ursprünglich aus Somalia stammt, bewusst Christen ausgesondert und ermordet hat. So wurde am

22. November 2014 der Linienbus von Nairobi in den Nordosten des Landes angegriffen und nur die christlichen Passagiere ermordet, 28 Menschen starben. Am 2. Dezember 2014 wurde ein Steinbruch in der Gegend von Mandera im Nordosten des Landes attackiert. Auch hier wurden die christlichen Arbeiter ausgesondert und 36 von ihnen ermordet, andere entführt, einigen gelang die Flucht.

Weltweit deutlich mehr Aufmerksamkeit und Entsetzen hat ein Angriff auf die Universität Garissa im Osten des Landes gefunden, bei dem an Gründonnerstag 2015 148 christliche Studenten umgebracht wurden. All dies führt zu einer wachsenden Verunsicherung der christlichen Bevölkerung. Viele Staatsangestellte wie Lehrer und Beamte, nicht nur Christen, verlassen darum den Nordosten Kenias.

Auch der **Sudan** kann nicht unerwähnt bleiben. Die Freilassung der sudanesischen Christin Meriam Yehya Ibrahim aufgrund internationalen Drucks hat die Regierung nicht zu einer veränderten Haltung zum Thema Religionsfreiheit oder dem Schutz der christlichen Minderheit insgesamt geführt, im Gegenteil. Bereits wenige Wochen danach, im Juni 2014, ließ die Regierung zwei Kirchengebäude in Khartoum wegen angeblicher Gesetzesverstöße abreißen. Am 21. Dezember 2014 sowie am 11. Januar 2015 wurden zwei presbyterianische Pfarrer, Yat Michael und Peter Yen, vom Geheimdienst verhaftet und an einem unbekanntem Ort gefangen gehalten. Erst nach Monaten wurden sie am 4. Mai 2015 offiziell angeklagt, unter anderem wegen des Untergrabens der Verfassung und der Kriegsführung gegen den Staat. Diese Punkte sind mit der Todesstrafe bedroht. Der Grund für die Anklagen könnte sein, dass beide Angeklagte die südsudanesischen Staatsangehörigkeit haben.

Asien

In **Malaysia** versammelten sich am 19. April 2015 fünfzig Muslime, um gegen das Kreuz auf einer protestantischen Kirche in Taman Medan, einem Vorort von Kuala Lumpur, zu demonstrieren, da es „den Islam herausfordere“. Die Gemeinde entfernte daraufhin das Kreuz. Viele Malaysier haben sich aber auf die Seite der Christen gestellt und das Verhalten der Demonstranten als eine Schande bezeichnet. Die Behörden haben nunmehr Ermittlungen aufgenommen.

In **Indonesien** ist nach der überraschenden Wahl von Joko Widodo zum Präsidenten Ernüchterung eingetreten. Es macht sich stark bemerkbar, dass er über keine eigene Mehrheit im Parlament verfügt. So ist nicht nur der Kampf gegen Nepotismus und Korruption schwierig, auch die religiösen Minderheiten haben bisher entgegen aller Ankündigungen keine Erleichterung ihrer Lage erlebt. Dies hat die Menschenrechtsorganisation Setara anlässlich ihres vorgestellten

Jahresberichts gesagt. Auch die Themen Religionswechsel und Mission sind immer noch schwierig, wie die fortdauernde Inhaftierung zweier Christen in der Provinz West Java zeigt.

Für die meisten Beobachter völlig überraschend wurde in **Sri Lanka** der radikale buddhistische Kräfte unterstützende Präsident Rajapaksa abgewählt und durch den moderater auftretenden Präsidenten Sirisena ersetzt. Ob dies auch zu einer tatsächlichen Entspannung der Situation für religiöse Minderheiten wie Muslime und Christen führt, bleibt aber abzuwarten. Zwar halten sich die radikalen buddhistischen Gruppierungen wie Bodu Bala Sena oder Sinhala Ravaya momentan auffällig mit Aktionen zurück, aber dennoch halten Berichte zu Übergriffen auf christliche Kirchen, insbesondere in ländlichen Gebieten, an. Besonders aufmerksam sollte man die jüngst im Mai 2015 ergangene Aufforderung des Religionsministeriums an sechs Kirchen verfolgen, Mitgliederlisten, Namen und Zahlen von Konvertiten und Finanzdaten offenzulegen.

In **Myanmar** geht der Staat weiterhin gegen die muslimische Minderheit der Rohingya vor. Dabei gerät ein wenig in Vergessenheit, dass das Militär, welches im Land immer noch die eigentliche Macht hat, eine neue Offensive gegen die christliche Minderheit der Kachin an der Grenze zu China gestartet hat. Diese sogar von Luftangriffen begleiteten Kämpfe haben dazu geführt, dass etwa 100.000 Kachin entweder über die Grenze nach China geflohen sind oder nun als Binnenflüchtlinge in Lagern leben. Mädchen und Frauen sind dort sexuellen Übergriffen ausgesetzt oder müssen sich verheiraten lassen. Viele Jugendliche werden Opfer der Drogensucht, häufig gefördert von der Armee. Die christlichen Kirchen haben begonnen, sich dieser Herausforderung zu stellen.

China setzt nicht nur die Politik der Entfernung von Kreuzen von mehreren hundert Kirchengebäuden in der Provinz Zhejiang fort, wenn auch in langsamerem Tempo als im vergangenen Jahr, es hat auch noch einmal sehr deutlich seine Haltung zu Christen hervorgehoben. In Zhejiang wurde im Mai 2015 eine neue Regelung für Gebäude erlassen, welche die Größe und Farbe von Kreuzen an Gebäuden regelt, nach der auch viele Kreuze an deutschen Kirchengebäuden illegal wären. Präsident Xi Jinping hat in einer Rede im Mai 2015 noch einmal betont, dass Religionen frei von ausländischem Einfluss sein müssen und dass Religionen sich in die sozialistische Gesellschaft zu integrieren hätten.

In **Afghanistan** wurde der im Juni 2014 entführte Leiter der katholischen Flüchtlingshilfe, ein indischer Priester, im Februar 2015 freigelassen. In **Pakistan** gab es zwar Ankündigungen, das Blasphemiegesetz zu reformieren, aber wütende Proteste dagegen lassen an der Durchführbarkeit dieses Projektes zweifeln. Ähnlich ist es mit der Ankündigung, eine Menschenrechtskommission, gerade auch für die Belange der Minderheiten, einzusetzen. Während solche Schritte sicherlich zu

begrüßen sind, kommt es in der Praxis vielmehr darauf an, mit welchen Kompetenzen diese Gremien ausgestattet sind.

Am 4. November 2014 wurde nahe Lahore das christliche Ehepaar Shahzad Masih und Shama Bibi, das seit drei Generationen in Schuldknechtschaft für eine Ziegelbrennerei arbeitete, von einem aufgebrachten Mob gelyncht, weil sie angeblich Seiten aus dem Koran verbrannt hätten. Am Sonntag, den 15. März 2015, verübten Selbstmordattentäter zwei Bombenanschläge auf eine katholische und eine protestantische Kirche in Lahore, bei denen mindestens 15 Gottesdienstbesucher unmittelbar und zehn weitere in den Krankenhäusern starben. Die Opferzahl hätte wohl noch höher gelegen, wenn sich nicht Mitglieder der freiwilligen Schutzwache, die es vor allen christlichen Kirchen gibt, den Attentätern in den Weg gestellt hätten.

Mit diesen Fakten möchte ich meinen Bericht beenden. Es ist nicht leicht, das Gehörte zur Kenntnis zu nehmen. Aber ich danke Ihnen, dass Sie einen solchen Bericht jährlich einfordern. Hinter jeder Zahl verbirgt sich ein persönliches Schicksal, ein Mensch aus Fleisch und Blut. An diese Menschen können wir denken, wir können Ihr Schicksal immer wieder öffentlich benennen und wir können für sie beten.

Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit, für Ihr Mitgefühl und für Ihre Sympathie mit diesen verfolgten Menschen.

Kirchenrat Klaus Rieth